

3. SAARBRÜCKER EUROPA-KONFERENZ



Foto: © Puetz

Solidarität in Europa – Europäische Solidarität

(Eine Zusammenfassung von Anne Rennig, Geschäftsführerin Cluster für Europaforschung (CEUS) der Universität des Saarlandes)

1 Ziele der Konferenz

Die Saarbrücker Europa-Konferenz bringt (internationale) Europaforschung mit Politik und Zivilgesellschaft in einen Dialog über aktuelle europäische Fragen. Sie findet alle zwei Jahre statt und wird vom Cluster für Europaforschung (CEUS) der Universität des Saarlandes organisiert. Die Zielsetzung der Saarbrücker Europa-Konferenz ist dabei eine doppelte: Einerseits geht es um die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu europäischen Themen durch international renommierte Gäste für politische Akteurinnen und Akteure, für Studierende und interessierte Personen, andererseits um eine gesellschaftliche Diskussion und Sensibilisierung für europäische Themen. Im Jahr 2022 widmete sich die Konferenz der Bedeutung von Solidarität in unserer Gesellschaft und für unser Zusammenleben. Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis beleuchteten Voraussetzungen und Praktiken von Solidarität und diskutierten Entwicklung und Wandel eines europäischen Solidaritätsverständnisses in Krisenzeiten.

2 Beteiligte

- **Dr. Katarina Barley**
MdEP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
- **Jun.-Prof. Dr. Dominik Brodowski**
Juniorprofessur für Strafrecht und Strafprozessrecht (Universität des Saarlandes)
- **Prof. Dr. Christian Calliess**
Professur für Öffentliches Recht und Europarecht, Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration (*Freie Universität Berlin*)
- **Prof. Dr. Peter Dörrenbächer**
Professur für Kulturgeographie (Universität des Saarlandes)
- **Prof. Dr. Emmanuel Droit**
Professur für Zeitgenössische Geschichte der Internationalen Beziehungen, Sciences Po Strasbourg, Europa-Gastprofessur an der Universität des Saarlandes 2021
- **Prof. Dr. Julien Dubarry**
Professur für Französisches Zivilrecht und Angewandte Rechtsvergleichung (Universität des Saarlandes)
- **Carolin Dylla**
Saarländischer Rundfunk
- **Prof. Dr. Thomas Giegerich**
Professur für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht (Universität des Saarlandes)
- **Dr. Franck Hofmann**
Romanist und Komparatist an der Universität des Saarlandes
- **Gerald Knaus**
Gründer und Direktor der European Stability Initiative (ESI)
- **Dr. Heinrich Kreft**
Lehrstuhl für Diplomatie an der Andrassy Universität Budapest, ehemaliger deutscher Botschafter in Luxemburg

- **Barbara Meyer**
Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Saarbrücken
- **Dr. med. Cem Özbek**
Kardiologe/Angiologe und Chefarzt an den SHG-Kliniken Völklingen
- **Sharon Dodua Otoo**
Schriftstellerin und politische Aktivistin
- **Prof. Dr. Roman Petrov**
Leiter des Jean-Monnet-Centre of Excellence an der National University of Kyiv-Mohyla Academy und Europa-Gastprofessur an der Universität des Saarlandes 2022
- **Anke Rehlinger**
Ministerpräsidentin des Saarlandes
- **Mirka Schäfer**
Politische Referentin von SOS Humanity (vormals SOS Méditerranée Deutschland)
- **Manfred Schmitt**
Präsident der Universität des Saarlandes
- **Roland Theis**
MdL, 2017–2022 Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Europa und Bevollmächtigter für Europaangelegenheiten des Saarlandes
- **Prof. Dr. Hans-Jörg Trenz**
Professur für Kultur- und Kommunikationssoziologie (Scuola Normale Superiore Pisa/Firenze)
- **Jun.-Prof. Dr. Florian Weber**
Juniorprofessur für Europastudien, Schwerpunkt Westeuropa und Grenzräume (Universität des Saarlandes)
- **Prof. Dr. Romana Weiershausen**
Professur für Frankophone Germanistik (Universität des Saarlandes)

3 Programm, hier insbesondere Programmpunkt

Prof. Dr. Roman Petrov: „The Issues of Solidarity and Human Rights in the Context of Eastern Partnership: Legal and Political Dimensions“



Prof. Dr. Roman Petrov, live zugeschaltet aus Kiew

Prof. Dr. Roman Petrov (National University of Kyiv-Mohyla Academy und Europa-Gastprofessor im SoSe 2022), ukrainischer EU-Rechtler und Europa-Gastprofessor am Cluster für Europaforschung, beschäftigte sich in seinem Vortrag „The Issues of Solidarity and Human Rights in the Context of Eastern Partnership: Legal and Political Dimensions“ mit Solidarität als vertikales Grundprinzip in der EU-Nachbarschaftspolitik. Schwerpunkt war die Östliche Partnerschaft (Eastern Partnership (EaP)) als Flaggschiff-Initiative der EU-Außenpolitik, die insbesondere auf die Postsowjet-Region ausgerichtet ist.

Prof. Petrov skizzierte kurz die Geschichte der Östlichen Partnerschaft, die 2008 mit der Ukraine, Moldau, Armenien, Belarus und Aserbaidschan begründet wurde und u. a. zum Ziel hatte, demokratische, marktorientierte Reformen anzustoßen und die staatliche und territoriale Integrität der Staaten zu konsolidieren. 2013 führte die Ablehnung der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU durch Armenien und die Ukraine zu einer Krise in den Beziehungen mit erheblichen Folgen. Das Solidaritätsprinzip sei Basis der Östlichen Partnerschaft, die mit weitreichenden Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine, Georgien und Moldau und der EU sowie der Schengenvisafreiheit erfolgreiche Meilensteine vorzuweisen habe. Die Unterstützung durch die EU mit einem Soforthilfe-Paket in der Covid19-Pandemie könne ebenfalls als starkes Zeichen der europäischen Solidarität gelten. Als Misserfolg wertet Prof. Petrov die Tatsache, dass die EU gerade in der Sicherheitspolitik stets auf ‚soft power‘ setzte, mit der Folge, dass dieser Weg in Belarus, Aserbaidschan und Armenien scheiterte und sich diese Staaten Russland zuwandten. Es sei nicht gelungen, territoriale Konflikte und daraus folgend die Etablierung von nicht anerkannten

Gebilden wie Transnistrien, Bergkarabach, Ossetien und Abchasien oder im Donbass zu verhindern. Die EU habe im Gegenteil weiterhin zugelassen, dass sie sich selbst in Energiefragen von Russland abhängig machte.

In Hinblick auf die aktuelle Situation in der Ukraine machte Prof. Petrov deutlich, dass die Ukraine nach dem Überfall durch Russland starke Solidarität aus der EU erfahren habe; insbesondere die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter und die humanitäre Hilfe vor Ort seien überlebenswichtige Faktoren gewesen. Auch die Aussicht auf Hilfe beim Wiederaufbau sei ein wichtiges Signal. In Bezug auf die künftigen Herausforderungen in der Östlichen Partnerschaft verweist Petrov darauf, dass diese wahrscheinlich keine Überlebenschance habe, wenn die westlich orientierten Länder Ukraine, Georgien und Moldau offiziell Beitrittskandidaten zur EU würden. Er verweist auf die Herausforderung, ein Gleichgewicht zu finden zwischen diesen Staaten und weiteren Beitrittskandidaten, zum Beispiel auf dem Westbalkan, die die aktuellen Entwicklungen insbesondere in Hinblick auf ein möglicherweise beschleunigtes Aufnahmeverfahren sehr kritisch sähen. Petrov empfiehlt, die Solidarität als Kriterium in die Kopenhagener Kriterien aufzunehmen, wo bisher politische, ökonomische und rechtliche Kriterien verankert sind; das Solidaritätsprinzip könne sich beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik bewähren.

Zusammenfassend ist Prof. Petrov der Meinung, dass die Solidarität als europäischer Wert innerhalb der Östlichen Partnerschaft, insbesondere durch die Haltung und Unterstützung gegenüber der Ukraine, in den letzten Monaten deutlichen Widerhall gefunden hat.

4 Förderung der Konferenz

Die 3. Saarbrücker Europa-Konferenz wurde gefördert von der ASKO Europa-Stiftung, dem Internationalisierungsfonds der Universität des Saarlandes, der Stiftung ME Saar, der Saarland-Sporttoto GmbH, der Saarland Spielbank GmbH, der Staatskanzlei des Saarlandes und der Universitätsgesellschaft des Saarlandes e. V. Ohne diese Förderung wäre die Durchführung der Veranstaltung in diesem Umfang und dieser Qualität nicht möglich gewesen.

Das CEUS dankt allen Sponsoren sehr herzlich und versichert, dass sowohl im Vorfeld im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit als auch während der Konferenz auf die Unterstützung aufmerksam gemacht wurde.